

Opponieren statt kooperieren!

Sozialistische Kommunalpolitik steht in keinem Kooperationsabkommen!

NEIN zur Kooperationsvereinbarung mit Sozialabbauparteien!

JA zu sozialistischer Kommunalpolitik und zum Kampf für Verbesserungen!

Ein Kooperationsabkommen zwischen unserer Partei, den Grünen und der SPD verbinden viele GenossInnen mit Hoffnungen. Die Gesamtbilanz solcher Projekte in Berlin und Brandenburg ist allerdings negativ. Das ist kein Wunder, SPD und Grüne sind Parteien, die im Bund und auf Landesebene Sozialabbau und Privatisierungen routinemäßig betreiben. Immer wieder war unsere Partei gezwungen, bei Abkommen und Verträgen, die sie mit diesen Parteien geschlossen hatte, auf dem Rücken von Beschäftigten und Arbeitslosen, MigrantInnen und RentnerInnen zu sparen. In Berlin bedeutete „rot-rot“ Tarifflicht, Wohnungsverkauf und Stellenabbau. Der Schaden, den unsere Partei dabei nimmt, ist immens und das wirkt sich natürlich negativ auf den Widerstand gegen Sozialabbau, Krieg, Rassismus und Nationalismus aus. Wie sieht es nun in Dresden aus?

Keine Aufnahme von Krediten

Grüne und SPD erwecken gern den Eindruck, als sei es die Lust der Kommunen am Schuldenmachen gewesen, die diese in die roten Zahlen getrieben hat, deshalb fordern sie häufig den Verzicht auf Kreditaufnahmen. Damit haben sie sich auch im Kooperationsabkommen für Dresden durchgesetzt. Dabei war es die Politik der "schwarz-gelben", "rot-grünen" und "rot-schwarzen" Sozialabbauer, die die Kassen der Länder und Kommunen und des Bundes durch Steuergeschenke an die Großunternehmen und Banken geleert haben.

Wenn SPD und Grüne aber weder mehr Geld für die Kommunen erkämpfen wollen und gleichzeitig selbst kurz- und mittelfristige Kreditaufnahmen ausschließen, dann binden sie uns die Hände, endlich notwendige Investitionen, die sich langfristig auszahlen, anzugehen. Und da das Kooperationsabkommen nicht vorsieht, für mehr Geld für die Kommunen von Bund und Land zu kämpfen, und ebenso Kreditaufnahmen in jedem Fall ausschließt, stellt sich die Frage, wie wir beispielsweise auf ein anfallendes Minus in Dresdens Krankenhäuser (ausgelöst durch die unsoziale, „schwarz-rote“ Gesundheitspolitik im Bund) reagieren werden. Dann gibt es nur noch einen Weg: Einsparungen. Wollen wir das wirklich?

Unklare Finanzierung

Ein ganz einfacher, aber wahrer Satz sozialistischer Kommunalpolitik lautet: Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. Es gibt im Kooperationsabkommen zahlreiche Wünsche (energetische Gebäudesanierung, mehr Geld für Schulsanierungen usw.), aber es gibt keinerlei Vorschläge für eine Finanzierung derselben.

Barrierefreiheit an Schulen ist wichtig, Inklusion ist wichtig, eine bessere Betreuung pflegebedürftiger Menschen ist wichtig... Aber für all das braucht man vor allem eines: Mehr Geld. Das ist in Deutschland mehr als genug vorhanden, es ist nur falsch verteilt. Sozialistische Kommunalpolitik muss

„In die Volksvertretung treten die Sozialisten ein, um die bürgerliche Klassenherrschaft zu bekämpfen, in die bürgerliche Regierung — um die Verantwortlichkeit für die Akte dieser Klassenherrschaft auf sich zu laden.“ Rosa Luxemburg, 1901



genau dort ansetzen: Es geht darum, die Reichen und Superreichen zu belasten, um RentnerInnen, MigrantInnen, Jugendliche, lohnabhängig Beschäftigte und Arbeitslose entlasten zu können. Nur, wenn man diesen Schritt geht, kann man wirkliche Verbesserungen wie sozialen Wohnungsbau, öffentlichen Personennahverkehr usw. durchsetzen. Doch diesen Schritt verlangt das Kooperationsabkommen nicht, denn das ist mit Sozialabbauparteien nicht zu machen. Verbunden mit dem Verbot Kredite aufzunehmen, besteht die ernste Gefahr, dass wir uns bei den ersten auftretenden Schwierigkeiten schnell beim Kürzen wiederfinden werden.

Vieles steht gar nicht im Abkommen

Dramatisch ist zudem, wovon in dem Abkommen gar nicht gesprochen wird. Der ÖPNV wird erwähnt, aber Verringerung der ständig steigenden Fahrpreise wird nicht verlangt. Ein kommunales Einstellungsprogramm, mit dem Arbeitsplätze geschaffen würden, wird nicht einmal erwähnt. Der Neubau von Schulen wird nicht verlangt, nur vage mehr Mittel verlangt (wieviel Geld, woher...). Noch nicht einmal der dauerhafte Erhalt des Gorbitzer Gymnasiums (worum sich unsere Partei mit einer Postkartenaktion bemühte) wird in dem Abkommen festgeschrieben. Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und kostenlose Deutschkurse für MigrantInnen sucht man vergeblich...

Rekommunalisierungen?

Im Landtagswahlprogramm verlangen wir Rekommunalisierungen von privatisiertem Eigentum. Das steht auch im Kommunalwahlprogramm und selbstverständlich in unserem Grundsatzprogramm. Nur findet man von diesem zentralen Punkt nichts im Papier. Stattdessen werden weitere Privatisierungen sogar festgeschrieben, denn was soll sonst der Satz bedeuten, nach dem Grund und Boden nicht mehr „einseitig“ erlösorientiert verkauft werden soll?

Wir haben in Dresden eine Wohnmisere, da müsste eigentlich jeder Verkauf von Grund und Boden ausgeschlossen sein!

Das Thema Wohnen war eines unserer bedeutendsten Themen in den letzten Jahren in Dresden.

Die neue kommunale Wohnungsbaugesellschaft wird ein wichtiger Schritt werden. Aber in welcher Rechtsform soll sie existieren? Wieviele Wohnungen soll sie bis wann bauen und werden sie als Sozialwohnungen mit gebundenen Miethöhen vermietet werden? Das alles bleibt unklar.

Was tun?

Wie könnte sozialistische Kommunalpolitik im Kapitalismus aber aussehen? Schritt eins müsste erst einmal den wirklichen Bedarf unabhängig von irgendwelchen finanzpolitischen Erwägungen feststellen. Man müsste mit den kommunalen Unternehmen, den Schulen und Krankenhäusern einen „Bedarfshaushalt“ aufstellen. Dann wüssten wir endlich wieviel Geld wir brauchen. Um dieses zu bekommen, müsste man die DresdnerInnen in einer groß angelegten Kampagne mobilisieren, um mit uns für dieses Geld von Bund und Land zu kämpfen. Geht nicht? In Liverpool, in den 80er Jahren, hat der sozialistisch dominierte Stadtrat genauso gehandelt.

Wie die in diesem Jahr in Seattle als erste Sozialistin seit 100 Jahren in den Stadtrat gewählte Sozialistin Kshama Sawant es

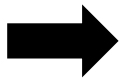
vorgemacht hat, sollten wir die soziale Bewegung in Dresden zusammentrommeln und mit ihr und den Gewerkschaften, Antifa-Gruppen und MigrantInnenvertretungen gemeinsam eine Kampagne für die Durchsetzung sozialer Forderungen planen. Wir sollten opponieren, statt zu kooperieren! NEIN zu diesem Kooperationsabkommen!

Was will die SAV?

Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Nur eine starke und organisierte Bewegung der Lohnabhängigen und Jugendlichen kann den Kapitalismus überwinden und eine neue Gesellschaft gestalten. Sozialismus bedeutet, dass Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch durch die arbeitende Bevölkerung kontrolliert und verwaltet werden. Dazu müssen die Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum überführt werden. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der DDR oder der Sowjetunion existierten. In diesen herrschte eine abgehobene Bürokratie über die Bevölkerung. Die SAV ist international organisiert. Mit Schwesterorganisationen in Israel, den USA und weiteren 40 Ländern. In Deutschland arbeitet die SAV in der Partei DIE LINKE und baut diese mit auf.



Keine weiteren Kürzungen bei lohnabhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen, RentnerInnen, MigrantInnen! Keine weiteren Privatisierungen!
Kein Verkauf von städtischem Grund und Boden!



Einberufung einer Konferenz zur Ermittlung des realen Bedarfs kommunaler Unternehmen und Einrichtungen. Krankenschwestern und -pfleger, BusfahrerInnen, KITA-Beschäftigte, MieterInnen, Beschäftigte von Sportstätten und Freizeiteinrichtungen und GewerkschafterInnen... wissen am besten wie viel Geld wofür benötigt wird. Auf diesem Kongress muss auch debattiert werden wie wir die zusätzlichen Mittel von Bund und Ländern erkämpfen können.



Senkung der Preise des ÖPNV! Kostenlose Benutzung des ÖPNV für SchülerInnen und Hartz-IV-EmpfängerInnen!



Durchsetzung eines kommunalen Einstellungsprogramms. Massive Einstellungen in den Krankenhäusern. Statt "Ein-Euro-Jobs" tariflich bezahlte Arbeitsplätze im kommunalen Sektor schaffen.



Schaffung einer kostenlosen und unabhängigen Rechtsberatung für Hartz-IV-EmpfängerInnen. Ausschluss aller Zwangsumzüge.



Rekommunalisierung frei stehender und dem Verfall Preis gegebener Wohnungen als Grundstock einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft.

Vernetzungstreffen: „Kämpferische und sozialistische Kommunalpolitik“

Haus der Begegnung, Großenhainer Straße 93, Do. – 25.09., 17.00 – 18.00 Uhr



Für eine kämpferische und sozialistische LINKE

Sozialistische Alternative

www.sozialismus.info +++ Kontakt SAV-Dresden: 01577-2963245 +++ dresden@sav-online.de

